

Ergebnisse einer Umfrage des BERLINER ARBEITSKREISES GEGEN ZWANGSVERHEIRATUNG zum Ausmaß von Zwangsverheiratungen in Berlin 2013

Der Berliner Arbeitskreis gegen Zwangsverheiratung hat in Kooperation mit der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten des Bezirksamts Friedrichshain-Kreuzberg und der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen und mit Unterstützung einer ehrenamtlich tätigen Studentin im Sommer 2014 eine auf das Jahr 2013 bezogene Umfrage zum Ausmaß von Zwangsverheiratungen in Berlin durchgeführt. Hierfür wurden 705 Institutionen – Behörden, Schulen, soziale Regeldienste, Beratungsstellen unterschiedlichster Art – befragt. Die Zahl der befragten Institutionen lag somit um 25% höher als bei der letzten Umfrage des Arbeitskreises 2007.

Ziel der Umfrage war primär, Hinweise zum Ausmaß dieser Form von Gewalt und ggf. zu neuen Entwicklungen im Kontext dieses Phänomens zu den Vorjahren zu erhalten. Die Umfrage erhebt ausdrücklich nicht den Anspruch, quantitativ repräsentative Ergebnisse zu liefern. So waren z.B. aufgrund einer relativ einfachen und anonymisierten Form der Erhebung Mehrfachzählungen nicht auszuschließen. Es kann zudem davon ausgegangen werden, dass auch Anfragen aus anderen Bundesländern in die Statistik eingeflossen sind (z.B. wegen überregional arbeitender Anlaufstellen bzw. online-Beratung).

Von 705 befragten Institutionen und Beratungseinrichtungen sowie Migrantenselbstorganisationen (MSO) antworteten 159, davon waren 124 Rückmeldungen von überwiegend Schulen, Jugendhilfe- und sozialen Beratungseinrichtungen und Jugendämtern, die mitteilten, dass sie für den konkreten Abfragezeitraum 2013 keine Fälle von Zwangsverheiratungen konstatieren konnten, jedoch immer wieder mit dem Thema konfrontiert sind.

Den 35 Institutionen aus dem Antigewaltbereich, den Jugendämtern, den Migrations- und Frauenprojekten, der Polizei und den Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten, die auch in 2013 mit der Problematik konfrontiert waren, sind in diesem Zeitraum insgesamt 460 Fälle von Zwangsverheiratungen bekannt geworden. Dies sind zwar 18 % mehr als bei der letzten Befragung 2007 (378), allerdings lag auch die Zahl der befragten Einrichtungen um 25 % höher. Auch 2013 war mit 94 % der Großteil der Betroffenen weiblich (431 Mädchen und Frauen, 29 Männer und Jungs. Zum Vergleich: 2007 wurden 12 Fälle bekannt, in denen die Betroffenen männlich waren).

Die Altersgruppe der 18-21-Jährigen war mit insgesamt 38 % mit Abstand am stärksten betroffen (149 junge Frauen, 8 junge Männer, bezogen auf 415 Fälle, zu denen Altersangaben gemacht wurden). Die zweitgrößte Gruppe sind die 16- und 17-Jährigen mit 20 % (81 Mädchen, 3 Jungen), gefolgt von den 22- bis 25-Jährigen mit 16 % (65 Frauen, 3 Männer). Erschreckend ist, dass selbst in der Gruppe der 10-12-Jährigen Fälle von sowohl drohender als auch vollzogener Zwangsverheiratung bekannt wurden (3 Mädchen, 1 Junge; in einem Fall war die Verheiratung tatsächlich erfolgt, wobei zum Ort der Eheschließung keine Angaben gemacht wurden).

In 372 Fällen wurden Angaben zum Migrationshintergrund gemacht. 120 Betroffene (32%) hatten türkische Wurzeln, 83 (22 %) stammten aus den arabischen Ländern und 66 (18%) aus Ländern des Balkans (Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens sowie Bulgarien und Rumänien). In insgesamt 266 Fällen lagen Informationen zur Staatsangehörigkeit vor; demnach hatten 34 % (85 Mädchen/Frauen, 5 Jungen/Männer, bezogen auf 266 Fälle) die deutsche Staatsangehörigkeit.

Die Religionszugehörigkeit scheint in den Beratungen ein weniger relevantes Kriterium zu sein als der kulturelle Hintergrund. In lediglich 52 (11%) von insgesamt 460 Fällen wurden Angaben zur Religionszugehörigkeit gemacht. Hier gehörten die Betroffenen neben dem Islam dem Christen- und Jezidentum bzw. dem Hinduismus an.

In zwei Dritteln der bekannt gewordenen Fälle war die Zwangsverheiratung noch nicht erfolgt, sondern die Betroffenen berichteten von konkreten Planungen bzw. befürchteten, zwangsverheiratet zu werden. Der Arbeitskreis gegen Zwangsverheiratung wertet dies als positives Anzeichen dafür, dass sich immer mehr Betroffene ihrer Rechte bewusst sind und die vorhandenen Unterstützungsangebote kennen und auch nutzen. So steigen die Möglichkeiten, eine Zwangsverheiratung zu verhindern.

Das zeigt auch, dass durch Maßnahmen wie Workshops an den Schulen, Fortbildungen für Fachkräfte etc. das Wissen und die Sensibilität für die Thematik Zwangsverheiratung in den verschiedenen Einrichtungen gewachsen ist, was dazu führt, dass Lehrkräfte, Sozialarbeiter/innen und eben auch die Betroffenen selbst sich häufiger als früher an Beratungsstellen wenden.

Setzt man die Ergebnisse der Umfrage ins Verhältnis zur Berliner Bevölkerung mit Migrationshintergrund, so wird deutlich, dass Zwangsverheiratung kein „typisches“ Merkmal dieser Gruppe ist und dass vorschnelle und unreflektierte Zuschreibungen jeglicher Grundlage entbehren. Dennoch macht die Umfrage deutlich, dass diese spezifische und in keiner Weise zu rechtfertigende Form der Gewalt auch in Berlin in einem signifikanten Ausmaß gegeben ist und dass demzufolge nach wie vor politischer Handlungsbedarf zur Verbesserung der Prävention und Intervention gegeben ist.

Deshalb fordert der Berliner AK gegen Zwangsverheiratung

1. Benennung einer repräsentativen Einrichtung (Schule, Kita, Bibliothek etc.) im Bezirk Tempelhof-Schöneberg nach Hatun Sürücü
2. Finanzielle Absicherung und Weiterentwicklung der vorhandenen Beratungseinrichtungen, Kriseneinrichtungen und Präventionsangebote für die besonderen Bedarfe der Unterstützung bei Gewalt im Namen der Ehre
3. Beratung und sichere Unterbringung auch für Paare und betroffene (junge) Männer. Hierbei muss insbesondere auch dem Umstand Rechnung getragen werden, dass einige Menschen aufgrund von Homosexualität gefährdet sind. Durch die Zuspitzung auf dem Wohnungsmarkt sollte es zudem eine Erweiterung des Geschützten Marktsegments in diesem Bereich geben.
4. Berlin sollte eine Handreichung für ein behördenübergreifendes, interdisziplinäres Handlungskonzept für Fachkräfte in Bezug auf Gewalt im Namen der Ehre entwickeln. Gute Praxisbeispiele wie die Rundschreiben (Nr. 16/2006 und Jug 2/2005) der Senatsverwaltung für Jugend mit Informationen zum Thema Zwangsverheiratung für die Berliner Schulen bzw. zu Hilfen für jungen Volljährige sind hierbei einzubeziehen und weiterzuentwickeln.
5. Berlin muss sich dafür einsetzen, dass auch der Zwang zum Eingehen einer eheähnlichen Verbindung unter Strafe gestellt wird, d.h. eine Erweiterung des § 237 StGB. Damit schließt sich der Berliner AK gegen Zwangsverheiratung der Empfehlung des Deutschen Juristentages an, auch religiöse Eheschließungen unter den Tatbestand der Zwangsverheiratung zu stellen.
6. Der Berliner AK fordert die Entwicklung und das Vorhalten von Fortbildungsangeboten für Behörden und Institutionen insbesondere für den Bereich der Justiz zum Thema Zwangsverheiratung
7. Wir fordern des Weiteren die Einbeziehung des Themas Zwangsverheiratung und Gewalt im Namen der Ehre in die Curricula der relevanten Berufsgruppen wie Lehrkräfte, Polizei und Sozialwesen etc.

8. Der Berliner AK gegen Zwangsverheiratung fordert einen speziellen Gedenktag gegen Zwangsverheiratungen und Ehrenmorde
9. Wir fordern Politik und öffentliche Verwaltung auf, dafür Sorge zu tragen, dass das Grab von Hatun Sürücü würdig gepflegt wird und nicht weiter verwahrlost.

Berlin, im Februar 2015

Weitere Informationen und Kontaktadressen s.

http://www.big-berlin.info/sites/default/files/medien/350_Zwangsverheiratung_2013b.pdf.

Bei Nachfragen zur Umfrage:

Petra.Koch-Knoebel@ba-fk.berlin.de, Tel. 90298-4111

Malin.Schmidt-Hijazi@senaif.berlin.de, Tel. 9028-2139